



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

66. Sitzung (öffentlich)

13. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1 ,Gestresste' Wohnungsmärkte in Großstädten entlasten und den ländlichen Raum stärken – Verlagerung von Hochschuleinrichtungen und Behörden	10
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6757	

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

2 Klimaschutz jetzt: energetische Gebäudesanierung endlich steuerlich fördern! 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6740

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3 Heimat braucht Handel – vitale Innenstädte für die Zukunft des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen erhalten, den stationären Handel bei seinem Weg ins digitale Zeitalter unterstützen 12

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6748

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6864

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

4 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend pflichtig zu beteiligen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6758

6 Hambacher Forst: Wie verhält es sich wirklich mit den Hintergründen für den Polizeieinsatz zur Räumung des Hambacher Forstes im September 2018? (s. Anlage 1) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2424

In Verbindung mit:

**Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst im September 2018
(s. Anlage 2)**

Bericht
der Landesregierung

7 Die Zeit ist reif für einen Neustart – Altschulden der Kommunen müssen nachhaltig und solidarisch abgebaut werden! 54

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5023

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5232

Ausschussprotokoll 17/696

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/5023 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag Drucksache 17/5232 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen schaffen 58

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5381

Ausschussprotokoll 17/697

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

9 IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern 61

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5634

Ausschussprotokoll 17/692

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

10 Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität 62

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

11 Der Rechtsstaat muss gewahrt bleiben – Die Rechtsprechung bindet auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens **63**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5362

Stellungnahme 17/1730
Stellungnahme 17/1763

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

12 Straßenausbaubeiträge nach dem KAG (s. Anlage 3 und 4) **64**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1177
Vorlage 17/2267

In Verbindung mit:

Straßenausbaubeiträge nach dem KAG NRW (s. Anlage 5)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2425

Und:

Kronzeuge der Ministerin für die Straßenausbaubeiträge hält sich in der Angelegenheit selbst für befangen (s. Anlage 6)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2417

Sowie:

Reinertrag von Straßenausbaubeiträgen (s. Anlage 7)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2269

13 Wie ist der aktuelle Stand beim Heimatförderprogramm der Landesregierung? 71

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1939
Vorlage 17/2075

In Verbindung mit:

Heimatförderprogramm der Landesregierung

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2268
Vorlage 17/2415

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

14 Transparenzkommission der Landesregierung 72

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2265
Vorlage 17/2416

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

15 Kommunalpolitisch Aktive im Visier von Rechtsextremisten 73

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2414

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

16 Wahltermin der Kommunalwahl 2020 74

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2413

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

17 Sachstand Stärkungspakt Stadtfinanzen 75

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2419

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

18 Verschiedenes 76

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, am 27. September 2019 um 13:30 Uhr eine Anhörung zum „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes“ durchzuführen.

* * *

18 Verschiedenes

Um eine Sondersitzung zu vermeiden, schlägt **Vorsitzender Hans-Willi Körfges** vor, mit Blick auf die Tagesordnung des kommenden Plenums einen Vorratsbeschluss zu fassen, am 27. September 2019 um 13:30 Uhr eine Anhörung zum GFG durchzuführen.

Aufgrund der Änderung des gleichzeitig aufgerufenen Stärkungspaktgesetzes schlägt er vor, neben den kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden auch den Sprecher des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ sowie den Fachverband der Kämmererinnen und Kämmerer vor die Klammer zu ziehen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält mit Blick auf die kurze Frist eine normale Sachverständigenanhörung für unmöglich.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges weist auf den Zeitplan des HFA hin, sodass man sich nur auf diese Weise qualitativ einbringen könne. Auch in früheren Zeiten in anderer Funktion habe er sich über den knappen Zeitplan der GFG-Beratungen geärgert. Um also nun überhaupt noch diskutieren zu können, mache er den ausgeführten Vorschlag.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält das Verfahren für ausdrücklich nicht richtig, zumal der HFA das Votum dieses Ausschusses auch zur zweiten Lesung entgegennehmen könnte. Wenigstens aber müsse jede Fraktion bis Dienstag nächster Woche einen Sachverständigen benennen können.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges wiederholt, bedauerlicherweise mache man nicht den Zeitplan des HFA. Sodann führt er aus, jede Fraktion könne bis zum 17. September 2019, 14:00 Uhr, einen Sachverständigen oder eine Sachverständige benennen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, am 27. September 2019 um 13:30 Uhr eine Anhörung zum „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes“ durchzuführen.

gez. Hans-Willi Körfges
Vorsitzender

7 Anlagen

22.10.19/29.10.2019

73

